Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infol. höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge Uebernehmen wir keine Gewähr

Nr. 63 | Altensteig Mittwoch den 17. März | 1926

Vertagung des Völkerbundsrats?

Die Dinge in Genf nehmen eine sehr unerfreuliche Entwicklung. Formulieren wir noch einmal, worauf es in Deutschland ankommt und ankommen mußte: Wir hatten uns unter Ueberwindung sehr starker innerpolitischer Hemmungen bereit erklärt, in Auswirkung der Locarno-Verträge in den Völkerbundsrat hineinzugehen und haben an dieser Absicht festgehalten, obwohl auf der Gegenseite die Zusage wegen der Rückwirkungen im besetzten Gebiet nur in ganz bescheidenem Umfange gehalten worden sind. Wir mußten aber darauf bestehen, daß wir nicht auf dem Wege eines Massenschubes in den Völkerbund hineinkämen, sondern daß unser Eintritt sich unter Bedingungen vollzog, die unserer Stellung als Großmacht entsprachen. Deswegen galt es unter allen Umständen zu verhindern, daß gleichzeitig mit uns etwa für Polen die Tür zum Völkerbundsrat geöffnet würde. Dafür liegen zwei gleich gewichtige Gründe vor: Zunächst einmal ist Polen ein junger Staat, der in wenigen Jahren den Beweis seiner absoluten Lebensunfähigkeit erbracht und das ganze Kapital nicht allein an Vertrauen, sondern auch an Geld verwirtschaftet hat, das ihm in Versailles entgegengebracht wurde. Polen ist nichts weiter als ein unsolider Geschäftsmann, ist fast schon ein Bankerotteur, in dessen Gesellschaft sich Leute, die auf eine weiße Weste halten, nicht gern öffentlich sehen lassen. Ebenso bedeutungsvoll aber ist der andere Grund: Polen ist der typische Schmarotzer Europas gewesen, wobei es sich hauptsächlich auf Kosten Deutschlands groß gemästet hat. Die Art, wie es die Deutschen innerhalb seiner Landesgrenzen schikanierte, ist bei uns und allen anständig denkenden Menschen unvergessen. Trotzdem hat derselbe Völkerbund, in den wir jetzt hineingehen wollen, durch einen Urteilsspruch, der mit den Ergebnissen der Abstimmung in schroffstem Widerspruch stand, den größten Teil Oberschlesiens den Polen zugesprochen. Und ausgerechnet diesen Staat will man uns als Genossen aufoktroyieren.

Dagegen sich zu wehren, war für Deutschland selbstverständliche Pflicht. Als daher bekannt wurde, daß Briand dem Grafen Skrzynski gegenüber weitgehende Verpflichtungen übernommen hatte, mußte die deutsche Politik sich überlegen, welche Wege sie gehen wollte, um die Zusammenkoppelung mit Polen zu verhüten. Die deutsche Delegation glaubte besonders klug zu handeln, wenn sie die persönliche Zuspitzung auf Polen vermied und sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellte, daß bis zu unserem Eintritt in den Völkerbund die Zahl der Ratsmitglieder nicht verändert werden dürfe. Das Hinüberspielen auf das prinzipielle Gebiet hatte zweifellos etwas Bestechendes, weil dadurch Antipathien ausgeschaltet wurden, die sonst vielleicht die Situation hätten verschärfen können. Und noch bei ihrer Abreise von Berlin mochten die deutschen Delegierten glauben, daß der unerschütterliche Widerspruch Schwedens genügen würde, um alle Angriffe Briands auf die deutsche Stellung zunichte zu machen. Heute sieht es fast so aus, als ob die ganze Grundlage der deutschen Politik widerlegt sei. Von dem Augenblick an, wo Briand nach Genf zurückkehrte, hat sich das Bild verschoben. Der gewiegte Taktiker hat die deutsche Delegation überspielt und in eine Lage hineinmanövriert, aus der sie eigentlich nur noch durch die Wahl zwischen zwei Uebeln befreit werden kann. Wir hätten uns nie dagegen wehren können, wenn bei der nächsten Neuwahl zum Völkerbundsrat Polen als nichtständiges Mitglied gewählt worden wäre. Damit mußten wir uns abfinden und hätten uns auch abfinden können, nachdem wir selbst vorher im Rat warm geworden waren. Jetzt dagegen, wo die schwedischen Pfeiler unserer Position wankend geworden sind, wo Schweden dem unerhörten Druck Englands und auch des internationalen Sozialismus nachgegeben hat, besteht die Möglichkeit, daß Polen doch gleichzeitig mit uns durch eine Hintertür den Saal des Völkerbundsrates betritt.

Möglich wäre aber auch noch eine Verlegung der Aufnahme Deutschlands, nämlich dann, wenn der brasilianische Vertreter seine Kandidatur nicht noch in letzter Stunde zurückzieht. Die Entscheidung wird am heutigen Mittwoch in Genf fallen.

Deutschland lehnt einen Ratssitz Rumäniens ab

Genf, 16. März. Staatssekretär von Schubert sprach am Dienstag bei dem französischen Delegierten Loucheur vor und setzte ihn davon in Kenntnis, daß die deutsche Delegation eine Bindung für die Schaffung eines **Ratssitzes für die Kleine Entente** der Rumänien zufallen soll, **entschieden ablehnen** müsse. Dieser deutschen Erklärung liegt **folgender** Tatbestand zu Grunde: Rumänien fordert im Namen der Kleinen Entente einen Ratssitz, den bisher Dr. Benesch inne hatte. In Völkerbundskreisen gehen die Anschauungen über die Forderungen Rumäniens nach festen Zusicherungen für einen nichtständigen Ratssitz im Herbst auseinander. Es wird betont, daß Rumänien nicht auf eigene Verantwortung handle, sondern **daß hinter den rumänischen Forderungen Frankreich stehe, das neben Polen noch einen zweiten** Freund, Rumänien, in den Rat wählen wolle, um so das Gegengewicht gegen Deutschland noch weiter zu verstärken. Die Erregung über die rumänische Forderung ist sehr beträchtlich.

Am Mittwoch zwei Vollsitzungen

Genf, 16. März. Das vom Völkerbundssekretariat herausgegebene Journal gibt bekannt, daß für Mittwoch Vormittag 10 Uhr die **Vollsitzung der Völkerbundsversammlung zur Entgegennahme des Berichts der Aufnahmekommission über den Aufnahmeantrag Deutschlands angesetzt ist.** Die Möglichkeit einer zweiten Vollsitzung, die für die Wahl Polens und eines neutralen Staates nach dem Austritt der Tschechoslowakei und Schwedens bestimmt sein dürfte, wird durch folgende Notiz erwähnt: Eine zweite Vollsitzung wird wahrscheinlich im Laufe des gleichen Tages abgehalten. Die Tagesordnung und die Stunde dieser zweiten Sitzung werden für diesen Fall durch den Präsidenten der Versammlung am Ende der ersten Sitzung angegeben werden.

Vor der endgültigen Entscheidung?

Genf, 16. März. Die Situation ist Dienstag um 12 Uhr mittags soweit geklärt, daß der Verzicht Schwedens und der Tschechoslowakei auf ihre Ratssitze feststeht und ein Anspruch Rumäniens nicht mehr zu befürchten ist. Nur die Stellungnahme Brasiliens steht noch aus. Nachmittags um ein halb drei Uhr hatte Chamberlain und Briand eine Besprechung mit der deutschen Delegation.

Nichtoffizielle Ratsbesprechungen.

Genf, 16. März. Um 5.30 Uhr nachmittags traten die Ratsmitglieder zu einer nichtoffiziellen Ratsbesprechung zusammen, die um 7.15 Uhr noch nicht abgeschlossen ist. Von unterrichteter Seite wird mit Bestimmtheit erklärt, daß im Augenblick noch nichts entschieden ist. Die Gerüchte über eine Vertagung werden dementiert. Im Laufe des späteren Abends ist auf jeden Fall eine amtliche Mitteilung zu erwarten.

Briand und Chamberlain bei Dr. Luther.

Genf, 16. März. Die nichtoffiziellen Ratsbesprechungen gingen heute abend 7.30 Uhr zu Ende. Chamberlain begab sich darauf sofort ins Hotel Metropole zu den deutschen Delegierten. Um 8.15 Uhr erschien auch Briand, um an der Besprechung teilzunehmen. Der englische und der französische Delegierte verließen gemeinsam um 8.30 Uhr das Hotel.

Die vorläufige Einigungsformel

Genf, 16. März. **Die deutsche Delegation nahm Gelegenheit, ihre Auffassung, daß die im wesentlichen zwischen Briand und Stresemann gefundene Einigungsformel die beste ist, die in Genf noch zu erzielen war, vor der deutschen Presse zu vertreten. Es wurde zunächst eine Darstellung aller Phasen des bis heute zehntägigen Kampfes gegeben. Als die Deutschen in Genf ankamen, war die Situation so, daß Ansprüche auf drei neue Ratssitze bestanden und es wurde Deutschland auch tatsächlich zugemutet, sich damit abzufinden. Das haben die Deutschen rundweg abgelehnt, obwohl man ihnen vorhielt, daß die Großmächte Verpflichtungen eingegangen sind. Es wurde dann Deutschland angesonnen, wenigstens in die Schaffung eines nichtständigen neuen Sitzes einzuwilligen. Auch das wurde rundweg abgelehnt. Es wurde also dann Deutschland vor die Möglichkeit gestellt, daß Schweden unter übermächtigem Druck seinen Sitz allein aufgebe und durch Polen ersetzt wird. Die Schweden haben dann loyalerweise den Deutschen zuerst Mitteilung gemacht, daß sie unter diesem Druck den Ausweg wählen würden, zwar nicht ihre Ueberzeugung, doch ihren Ratssitz aufzugeben. Das war der kritischste Moment der ganzen Verhandlungen, weil in diesem Augenblick keine anderen Kräfte mehr in der Richtung der deutschen Ziele wirkten. Trotzdem gaben die Deutschen ihren Widerstand nicht auf und Stresemann erklärte Briand, daß das eine für Deutschland vollkommen unannehmbare Lösung wäre, weil man eine tatsächliche wesentliche Verschiebung im Rate schaffen würde. Briand, der durch sein voreiliges Versprechen an Polen die Situation von Genf allein verschuldet hatte, hat dann sich auch am weitaus vernünftigsten und zugänglichsten gezeigt für die deutschen Mindestforderungen, und hat sich seiner Schuld dadurch zum großen Teil entledigt, daß er am energischsten und geschicktesten für die deutschen Notwendigkeiten eingetreten ist. So ist man zu dem Schluß gekommen, daß zwei Mächte aus dem Rat ausscheiden und durch zwei andere Mächte in der Weise ersetzt werden, daß in der Zusammensetzung des Rats vom deutschen Standpunkt aus keine nennenswerten Veränderungen eintreten. An Stelle der Tschechoslowakei, die genau wie Polen ein Verbündeter Frankreichs ist, tritt also Polen und an die Stelle Schwedens tritt Holland, das eine ebenso neutrale Stellung einnimmt wie Schweden. Diese Verschiebung, gegen die wir formell und vom Rechtsstandpunkt aus nichts einwenden können, ist so geringfügig, daß deshalb der Abbruch der Verhandlungen in Genf, die Antipathie der ganzen Welt gegen den Störenfried Deutschland, der Verlust der Locarnoverträge und die unvermeidlichen Folgen im Rheinland und in den Wirtschaftsverhandlungen nicht gerechtfertigt werden können.**

Aus all diesen Gründen hielt die deutsche Delegation die jetzt vorbereitete Regelung für die beste, die hier zu erzielen war und für eine, die den deutschen Interessen durchaus gerecht wird. Denn eine Lösung, in der Frankreich seines voreiligen Versprechens entbunden worden wäre, war eben nicht zu finden. Hätte man sich darauf versteift, so wäre hier alles zusammengebrochen, auch für die anderen, aber ebenso sehr auch für uns.

Um Spanien und Brasilien etwas zu beruhigen, wird der deutsche Kommissionsvorschlag gleichfalls verwirklicht werden. Es wird eine Unterkommission eingesetzt werden, die bis zur Herbsttagung berichten wird, wie sich das Problem einer Ratserweiterung theoretisch überhaupt darstellt. Die damit vollzogene Einigung, die also nur noch durch Brasiliens Haltung bedroht ist, wird durch einen Besuch von Briand und Chamberlain bei der deutschen Delegation endgültig festgestellt werden. Ebenso werden dann auch die zwischen Dr. von Schubert und Loucheur vorvereinbarten Formularien für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat wie überhaupt für die Schlußtage von Genf bestätigt werden.

Oder Vertagungsbeschluß?

Genf, 16. März. **In der Dienstag-Nachmittagsbesprechung der deutschen Hauptdelegierten mit Briand und Chamberlain ist beschlossen worden, die Frage der Aufnahme Deutschlands auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen, falls Brasilien seinen Einspruch aufrecht erhält, gleichzeitig aber in der Vollversammlung des Völkerbundes am Mittwoch von offener Tribüne mitzuteilen, daß unter den Locarnomächten vollkommene Einigkeit erzielt worden sei und daß an der Vertagung des Eintritts Deutschlands Brasilien allein die Schuld zuzuschreiben ist. Sollte es dagegen gelingen, Brasilien umzustimmen, so würde es bei der Dienstag-Vormittag festgelegten Einigung bleiben, daß die Tschechoslowakei und Schweden aus dem Rate ausscheiden, Polen und Holland an ihre Stelle treten und Deutschland seinen ständigen Ratssitz erhält.**

Die Endverhandlungen mit Brasilien

Genf, 16. März. Dienstag 6 Uhr abends verlautete von maßgebender Seite, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund infolge des brasilianischen Vetos auf den Juni vertagt worden sei. Kurz nach dem Bekanntwerden dieser Nachricht, die natürlich das größte Aufsehen erregte, ergab sich jedoch die Möglichkeit eines nochmaligen Versuches, Brasilien umzustimmen. Augenblicklich finden Besprechungen zwischen den Alliierten und Brasilien statt, auf die man die letzten Hoffnungen setzt. Eine maßgebende Persönlichkeit erklärte: die Ereignisse sind im Fluß. Die Verhandlungen dauern an. Von Viertelstunde zu Viertelstunde ändert sich das Bild, sodaß sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit sagen läßt, ob die Aufnahme Deutschlands noch in dieser Tagung erfolgen oder ob das gesamte Problem auf den Herbst vertagt werden wird.

Eine amtliche Erklärung von Genf.

Genf, 16. März. **Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den aufgetauchten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der 7 Signatarmächte des Protokolls von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Befriedigung fest,**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklichten und welches in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklich werden wird.

Die deutsche Auffassung über das Genfer Communique.

Genf, 17. März. Ueber die Auffassung zu der aus dem amtlich vereinbarten Communique sich ergebenden Lage erfährt der Sonderberichterstatter des WTB. aus Kreisen der deutschen Delegation, daß für die Beurteilung des Nichtvollzugs des deutschen Eintritts in den Völkerbund die Tatsache im Vordergrund der Betrachtung stehe, daß dieser negative Ausgang aus einer Schwierigkeit des Verfahrens resultiere, die nicht vorhergesehen werden konnte. Es wird dabei ausdrücklich festgestellt, daß die vorher bestehenden Hindernisse, mit denen man sich u. a. noch gestern vormittag befaßt hatte, beseitigt waren. Es braucht dabei nur daran erinnert zu werden, daß Dr. Benesch, der Führer der kleinen Entente, sich ebenfalls unter den Herausgebern des Communiques befindet. Die Ursachen des negativen Ausgangs sind daher außerhalb der Locarnomächte bei einem südamerikanischen Ratsmitglied zu suchen. Die deutsche Delegation vermeidet es jedoch, ihrerseits die Verursachungsfrage näher zu erörtern und überläßt es der Meinung der Welt, Schlüsse zu ziehen, worauf ihre letzte Entscheidung beruhen wird. Im übrigen ist wesentlich die unter den Signatarmächten von Locarno getroffene Feststellung, dahingehend, daß das Werk von Locarno mit seinen Voraussetzungen und Rück- und Auswirkungen unter ihnen bestehen bleibt und daß sie es als ihr gemeinsames Ziel betrachten, die jetzt bestehenden Schwierigkeiten bezüglich des deutschen Eintritts in den Völkerbund bis zur nächsten Vollversammlung zu beseitigen. Aus dieser Auffassung wird von manchen Seiten in Genf der Vorwurf hergeleitet, daß bei den Genfer Besprechungen Locarno über den Völkerbund gestellt worden sei. Indes erscheint es für die Behandlung der gesamten öffentlichen Meinung der Welt — und sicherlich nicht nur vom deutschen Standpunkt aus — das wichtigste Erfordernis, daß bei der nun erfolgten Entwicklung **keinerlei fehlerhaftes Verhalten Deutschlands mitspielte.** Das aber ist durch die Form, in der in dem vereinbarten Communique auf die Beziehungen zwischen den Ereignissen und der Erhaltung des Werkes von Locarno Bezug genommen ist, unzweifelhaft klargestellt.

Eine Mehrheit des Rats für eine Vertagung des deutschen Aufnahmeantrages?

Genf, 16. März. Wie der Sonderberichterstatter des WTB. aus Kreisen der fremden Delegationen erfährt, soll am Schluß der heutigen nichtoffiziellen Ratssitzung eine Abstimmung über die Frage einer Vertagung des deutschen Aufnahmeantrags und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten vorgenommen worden sein, wobei sich 7 Ratsmitglieder für und 3 gegen die Vertagung ausgesprochen hätten. Als die drei letzteren Ratsmächte werden Belgien, Schweden und Japan genannt.

Vertagung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis zum September.

Paris, 17. März. Die Ag. Havas meldet aus Genf: Der Völkerbundsrat hat beschlossen, daß Chamberlain in seiner Eigenschaft als Berichterstatter der politischen Kommission heute der Vollversammlung des Völkerbunds vorschlagen solle, **die Aufnahme Deutschlands und die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrats bis zum September zu vertagen.**

Neues vom Tage

Briand arbeitet an der Regierungserklärung

Paris, 16. März. Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird Briand die Regierungserklärung in Genf ausarbeiten. Ein Kurier mit den notwendigen Unterlagen ist abgesandt worden. Briand kehrt am Mittwoch abend nach Paris zurück. Am Donnerstag wird die Regierungserklärung vom Ministerrat geprüft und am Nachmittag im Parlament verlesen werden.

Abschluß der spanischen Offensive bei Tetuan.

Paris, 16. März. Der Pariser „Times" wird aus Madrid gemeldet, daß die spanische Aktion, die auf die Säuberung der Höhen von Tetuan abzielte, nunmehr abgeschlossen sei. Wichtige Teilerfolge seien erzielt worden, jedoch sei es nicht gelungen, den Gegner aus einigen Gebirgsstufen zu vertreiben.

Keine vorzeitige Rückkehr Vanderveldes

Brüssel, 16. März. Wie die Agence Belge mitteilt, kommt entgegen anderslautenden Gerüchten eine vorzeitige Rückkehr der belgischen Minister nach Brüssel nicht in Frage. (Es verlautete gerüchtweise, daß Vandervelde wegen des Sturzes des belgischen Frankens zurückkehren würde. D. R.)

Berufung im letzten Bothmer-Prozeß

Berlin, 16. März. Der Nachtausgabe des „Tag" zufolge, hat der Staatsanwalt gegen die Verurteilung der Gräfin Bothmer zu 2 Monaten und 2 Wochen Gefängnis Berufung bei der Großen Strafkammer eingelegt. Auch Gräfin Bothmer will gegen das Urteil die Entscheidung der Strafkammer anrufen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 17. März 1926.

Amtliches. Regierungsbaumeister Eugen Hugger beim Straßen- und Wasserbauamt Calw wurde zum Bauamtmann im Geschäftskreis der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau ernannt.

Freudenstadt, 16. März. (Abstimmung zum Volksbegehren.) In Freudenstadt haben sich bisher 924 Personen in die Listen für das Volksbegehren eingetragen.

Freudenstadt, 16. März. (Fahrraddiebstahl durch einen Handwerksburschen.) In der Nacht vom 12. auf 13. März 1926 wurde in Oberiflingen durch Einsteigediebstahl ein fast neues Damenfahrrad durch einen Handwerksburschen gestohlen. Der Täter wurde am 13. März, abends 6 Uhr, von hiesigen Landjägerbeamten in Schömberg OA. Freudenstadt, festgenommen und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Das Damenfahrrad, welches er in Schömberg bereits weiterveräußert hatte, wurde sichergestellt, sodaß die Bestohlene am Samstag, dem 14. März, schon wieder im Besitz ihres Fahrrades war.

Baiersbronn, 15. März. (Brand.) Kurz vor 12 Uhr wurde der Löschzug Baiersbronn zur Leistung von Brandhilfe nach Mitteltal alarmiert. Im Hauptgebäude der Leinenspinnerei Kolb und Schüle war Feuer ausgebrochen, das mit rasender Geschwindigkeit in den Vorräten an Werg um sich griff. Durch die exakte und kühne Bekämpfung des verheerenden Elementes durch den Löschzug Baiersbronn und die Feuerwehr von Mitteltal gelang es den Brandherd einzudämmen und unter Vordringen durch Qualm und Rauch nach schwerster Arbeit des Feuers Herr zu werden.

Sulz a. N. Zur Beschaffung von Bauplätzen hat sich hier vor einigen Jahren eine Gemeinnützige Baugenossenschaft E. G. m. b. H. gebildet. Nachdem nun die vorhandenen Bauplätze überbaut sind, stellte in der Generalversammlung der Vorstand, Oberamtsbaumeister Göhring, den Antrag auf Auflösung der Genossenschaft, welcher einstimmige Annahme fand. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Oberlehrer a. D. Schöpfer, drückte dem Vorstand wie dem Schriftführer, Stadtpfleger Roller sowie dem Rechner, Oberamtssparkassier Vohl mit anerkennenden Worten den Dank der Genossenschaft aus.

Stuttgart, 16. März. (Zum Streik im Flaschnergewerbe.) Die Vereinigten Innungen von Groß-Stuttgart, Fachgruppe Metallgewerbe, Flaschner und Installateure, Schlosser- und Schmiedeinnungen geben bekannt, daß der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses lediglich auf 5 Pfg. Lohnabbau lautet. Der Spitzenlohn beträgt ab 15. März 1.15 statt bisher 1.20 Mk. Sollte bis Mittwoch früh zu diesen Löhnen die Arbeit nicht überall wieder aufgenommen werden, so erfolgt ab Donnerstag, den 18. März in allen Betrieben der genannten Innungen die allgemeine Aussperrung.

Vom Landtag. Auf der Tagesordnung der auf Dienstag, den 23. März, nachmittags 4 Uhr angesetzten Sitzung stehen neben einer Anzahl Kleiner Anfragen die Große Anfrage der Abg. Pflüger und Gen. (Soz.) betr. das Wohnungsbauprogramm im Baujahr 1926, ferner verschiedene Ausschußanträge, die Beratung des Entwurfs eines Dritten und Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsgesetz für 1925.

Vom Württ. Frontkämpferbund. Der Württ. Frontkämpferbund hat am letzten Sonntag in Stuttgart seine erste Vertreterversammlung abgehalten, wozu ihm Glückwunschschreiben u. a. auch von dem Reichspräsidenten, der württ. Staatsregierung, Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg zugingen. Dem Bund sind im vergangenen Jahre über 3000 Frontkämpfer beigetreten. Seit seinem Bestehen hat er rund 25 000 Mark für Beihilfen und zinslose Darlehen gewährt. Zum Bundesvorsitzenden wurde Baurat Rueff gewählt.

Messerstecherei. Auf dem Leonhardsplatz wurden ein 19 Jahre alter Zimmermann und ein 19 Jahre alter Maurer von einem 39 Jahre alten Buchbinder nach vorausgegangenem Wortwechsel durch Messerstiche schwer verletzt. Sie mußten ins Krankenhaus verbracht werden. Der Täter ist festgenommen.

Weil im Dorf, 16. März. (Schultheißenwahl.) Bei der gestrigen Ortsvorsteherwahl haben 1424 Wahlberechtigte, zirka 70 Prozent, abgestimmt. Auf den bisherigen Schultheiß Dreher entfielen 1381 Stimmen.

Großglattbach, OA. Vaihingen, 16. März. (Ortsvorsteherwahl.) Bei der Wahl eines neuen Ortsvorstehers wurde Wilhelm Gayer von hier mit 302 Stimmen gewählt.

Gaildorf, 16. März. (Hausverkauf.) Das hiesige sogenannte Handwerkerhaus, ein in unserem Villenviertel von einer Reihe von Handwerkern erstelltes Reklame-Einfamilienhaus, bei dem jeder der beteiligten Handwerker sein

---

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine v. Winterfeld.

Copyright by Greiner & Co., Berlin W. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

5. Fortsetzung.

„Ich werde dich aber doch schrecklich vermissen, Lies. Denn du bist mir doch eigentlich alles gewesen. Dir konnt' man immer alles sagen und beichten und anvertrauen. Viel mehr als Mutter. Und dann, wie ich noch klein war, du hast mir doch immer die Zöpfe geflochten und mir bei den Schularbeiten geholfen. Und hast mir beigestanden, wenn Fried zu frech wurde oder Mutter schelten wollte, weil ich mein Kleid zerrissen. Ach Lies, weißt du noch, in dieser Stube haben wir doch immer, immer zusammen geschlafen, zuerst in den kleinen weißen Gitterbetten, bis sie dann zu klein für uns wurden. Später als du erwachsen warst, ließ Mutter alles rosa anstreichen für uns, und da warst außer dir, wenn ich Kirschflecke in meine rosa Bettdecke machte oder gar Tinte darüber goß, wie einmal, als ich mich so mit Fried gezankt hatte, weißt du noch?"

Jetzt lachte Ellen unter Tränen und sprang auf.

„In deinem neuen Schlafzimmer soll alles himmelblau sein, nicht wahr, Lies? Ach komm doch noch einmal nebenan hin. Sie haben heute die ganze Bettwäsche fertig gestickt."

Mit offenen Haaren, in den langen, weißen Frisiermänteln schlüpften beide Schwestern über den Flur, wo gegenüber in der großen Fremdenstube die ganzen, duftenden Wäscheschätze für den jungen neuen Haushalt aufgestapelt und ausgebreitet lagen.

Mit glücklichen Augen strich Lies über jedes Stück ihrer Aussteuer, hier eine Schleife fester bindend, dort eine Spitze glättend.

„Morgen werden wir mit den Wischtüchern fertig", sagte sie stolz, „es ist so lieb von euch allen, daß ihr mir so dabei helft, Ellen. Und besonders du, wo Nähen doch sonst so gar nicht deine Passion ist."

Sie sah zärtlich die Schwester an.

„Du bist ordentlich blaß geworden von dem vielen Sticheln der letzten Wochen."

Ellen schmiegte sich an sie.

„Was tut man nicht alles für die einzige Schwester?"

Sie sah der anderen voll heißer Liebe in die Augen.

Lies strich sich die Haare aus der Stirn. Ich bin froh, daß das meiste jetzt fertig ist. Dies rastlose Hetzen und Besorgen und Anproben darf nicht bis dicht vor die Hochzeit gehen. Es kann eine Braut doch zu leicht von der Hauptsache ablenken und zerstreuen. Und das dürfen die Aussteuersorgen nie. Denn sie sind schließlich doch immer nur Beiwerk, Kleinkram."

„Laß das nur Mutter nicht hören, Lies. Sie schilt schon sowieso immer, daß du dich viel zu wenig für all deine hübschen Sachen interessierst."

Lies antwortete nicht. Ueber all die duftende Wäsche und Spitzenpracht hinweg sah ihr Auge in weite Fernen. Sie atmete schwer und tief und glücklich. Dann legte sie den Arm um die Schwester.

„Nun müssen wir aber zu Bett, Ellen, es ist schon spät."

Lies lag lange wach und konnte nicht einschlafen. Aber sie rührte sich nicht, aus Furcht, die Schwester zu stören.

Da klang es plötzlich leise von Ellens Bett her:

„Du, Lies, bist du noch wach?"

„Ja, Ellen, was ist?"

„Was soll dein Trautext sein?"

Da richtete sich Lies auf und faltete die Hände. Und sagte leise wie ein Gebet:

„Wo du hingehst, da will ich auch hingehen; wo du bleibst, da bleibe ich auch. Dein Volk ist mein Volk, und dein Gott ist mein Gott. Wo du stirbst, da sterbe ich auch, da will ich auch begraben werden."

2. Kapitel.

Frau Oldenhof schüttelte empört ihr Haupt über Lies.

„Aber sage mir bloß, Kind, soll einen das nicht ärgern, wenn die Schneiderin so furchtbar langsam ist und das Geschäft eure Eichenmöbel fürs Eßzimmer nicht bis zum achtzehnten liefern kann? Ich begreife einfach nicht, wie gleichgültig man als Braut demgegenüber [illegible] Ach Gott, da war ich doch anders damals!

Lies war im Milchkeller und rahmte die Milch ab. Frau Oldenhof stand händeringend vor ihr.

„Aber Mutter, es wird schon alles noch zur Zeit fertig. Das ist doch schließlich nicht die Hauptsache."

„Nicht die Hauptsache? Na Kind, ich möchte denn doch bloß wissen, was denn die Hauptsache ist."

„Na, ich denke doch der Mann, mein Kullerchen."

Der Major stand plötzlich hinter ihr und faßte seine rundliche Gattin um die Taille.

„Du möchtest doch mal nach oben kommen, Kind, der Tischler ist da und will dich sprechen."

Damit führte er bedächtig seine lamentierende Gattin die Treppe hinauf.

Lies schöpfte ihren Rahm weiter, die Aermel hochgestreift, die große weiße Schürze vorgebunden.

Es war kühl hier unten im Milchkeller. Dabei still und dämmerig. Durch die kleinen, vergitterten Fensteröffnungen oben klang das Harken der Arbeiter im Garten und das lustige Zwitschern der Spatzen.

Und Lies wunderte sich darüber, wie gerade diese ernsteste und entscheidendste Zeit im Menschenleben, die Schwelle von Brautstand zum Weibtum, zur Ehe, so häufig durch tausend neue, fremde Dinge zerrissen und gestört wird. Gerade diese Zeit, die mehr als irgendeine andere im Leben dazu da sein sollte, die Braut zum Nachdenken, zum Beobachten, zum innerlichen Sammeln zu bringen. Weil sie im Begriff ist, sich selbst, ihr ganzes Sein und Leben, ihr Ich, ihre Persönlichkeit einem anderen Ich, einer anderen Persönlichkeit zu opfern — für immer, — für alle Ewigkeit. Wie konnte man diese heiligste Zeit, die wie ein Vorhof war zum Tempel — wie konnte man die nur so vertun mit hundert Aeußerlichkeiten, mit Hetzjagd und Aufregung? War das nicht geradezu widersinnig? War das denn in der ganzen Welt so, daß man die Bräute in dieser Zeit, gerade diesen wenigen, letzten Tagen vor der Hochzeit am allermeisten mit Aeußerlichkeiten plagte und müde machte? Daß sie Mühe hatte, das Heiligste in ihrer Seele zu bewahren und sich in Stille vorzubereiten auf das, was kam?

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bestes hat, wurde letzter Tage um 14 400 Mark an Dekan Hummel von Crailsheim verkauft.

Hall, 16. März. (Vom Zug überfahren.) Ueberfahren und getötet wurde vormittags auf dem hiesigen Bahnhof der ledige Postaushelfer Karl Schweikert. Er fuhr mit seinem Postkarren über die Gleise, als ein Güterzug herankam, den Karren erfaßte und Schweikert auf die Gleise schleuderte. Er kam unter die Lokomotive und wurde arg verstümmelt unter den Rädern hervorgezogen. Der Verunglückte war vorher gewarnt worden, nicht über die Gleise zu fahren, da der Güterzug schon in Sicht war.

Grabenstetten, OA. Urach, 16. März. (Ortsvorsteherwahl.) Bei der am Sonntag vorgenommenen Ortsvorsteherwahl wurde Verwaltungspraktikant Baumann-Plochingen mit 266 von 519 abgegebenen Stimmen gewählt.

Leonberg, 16. März. (Ein deutscher Pionier.) Der Nordpolflieger Karl Feucht aus Heimerdingen ist im Auftrag seiner Firma am Sonntag nach Brasilien abgereist.

Heilbronn, 16. März. (Leichenländung.) Der seit einigen Wochen vermißte Bauarbeiter Leonhard Wagner von hier wurde im Salzhafen aus dem Wasser gezogen. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen. Der Tote hatte seinen Zahltag noch in der Tasche.

Aus dem Staatshaushaltsplan 1926/27.

Wie schon berichtet ergibt der Staatshaushaltsplan für 1926 einen Abmangel von 2 097 694 RM. und für 1927 von 724 054 Reichsmark. Danach sind dem Vorjahr gegenüber die Ausgaben gestiegen um 26 587 575 RM. fürs erste und um 25 157 935 RM. fürs zweite Jahr, die Einnahmen dagegen fürs erste Jahr um 23 541 773 RM., fürs zweite Jahr um 29 485 773 RM.

Die **Justizverwaltung** hat mit einem Bedarf von 11 955 700 Reichsmark für 1926 und 11 947 700 RM. für 1927 als einzige Verwaltung gegenüber 1925 einen Zuschußminderbedarf und zwar von 1 165 230 RM. und von 1 174 230 RM., der daher rührt, daß für 1924 (und infolge der summarischen Ostreckung auch für 1925) die Einnahmenzahlen sehr vorsichtig veranschlagt und in Wirklichkeit beträchtlich höhere gewesen sind.

Für die **Verwaltung des Innern** ist der Zuschußbedarf festgesetzt für 1926 auf 31 644 450 RM., für 1927 auf 31 566 450 RM. Darunter sind einmalige, fast ausschließlich den Straßen- und Wasserbau betreffende Anforderungen von je rund 5,5 Millionen Reichsmark einschließlich eines Betrags von 1 920 000 RM. für jedes der beiden Jahre zwecks Fortsetzung der Arbeiten am Neckarkanal. Gegenüber dem Planbedarf für 1925 mit 26 980 890 Reichsmark ergibt sich somit für das Jahr 1926 ein Mehrbedarf von 4 663 360 RM. und für 1927 von 4 585 560 RM., der ganz auf Straßen- und Wasserbau und öffentliche Fürsorge entfällt. Im einzelnen ist für die Verwaltung des Innern noch herauszugreifen: Für die staatliche Polizeiverwaltung (Blaue Polizei) ist eine Ausgabenvermehrung um rund 300 000 RM. nachgewiesen. Für die Schutzpolizei (Grüne Polizei) konnte wegen der in Angriff genommenen Umbildung der Polizei ein ins einzelne gehender Plan noch nicht aufgestellt werden. Ein Wenigerbedarf von rund einer halben Million RM. zeigt sich bei den Irrenanstalten. Bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen sind zu erwähnen eine Erhöhung des Satzes für Jahresbeiträge an gemeinnützige Anstalten und Vereinigungen, eine Erhöhung des Aufwands für die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten von 90 000 auf 135 000 RM. und des Bedarfs für Renten an dienstunfähige Hebammen von 8000 auf 20 000 RM. Das gewichtigste Kapitel im Plan der Inneren Verwaltung ist das für Straßen- und Wasserbau. Er weist, wenn man den Staatsbeitrag für die Neckarkanalisierung mit 1 920 000 RM. wegläßt, allein — teils in fortdauernden, teils in einmaligen Ausgaben — einen Jahresbedarf von rund 12,5 Millionen RM. aus gegenüber von 7,87 Millionen RM. für 1925 und von rund 5,75 Millionen Mk. für 1914. Der Zustand unserer Straßen hat sich derart verschlechtert, daß sie nur mit sehr großen Mitteln wieder auf den für den Verkehr erforderlichen Stand zu bringen sind. U. a. sind zu Beiträgen für die Unterhaltung von Nachbarschaftsstraßen und Etterstrecken der Staatsstraßen sowie zu Flußbaubeiträgen statt bisheriger 330 000 Reichsmark nunmehr 1 Million RM. ausgeworfen. Die in Aussicht stehende Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer soll ebenfalls in vollem Ausmaß dem Plankapitel 27 zugute kommen. Eine außerordentliche Steigerung haben schließlich die Leistungen des Staats auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge (Kleinrentnerfürsorge, Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige usw.) erfahren, wie denn auf diesem Ausgabengebiet und ebenso auf demjenigen der sozialen Fürsorge im Bereich des Arbeits- und Ernährungsministeriums auch schon starke Ueberschreitungen der Ausgabensätze für 1924 und 1925 nicht zu vermeiden waren. Statt 1,76 Millionen RM. für 1924 und für 1925 mußten in den neuen Plan 3,39 Millionen RM. angesetzt werden.

Beim **Arbeits- und Ernährungsministerium** ist der Gesamtzuschußbedarf für 1926 auf 8 279 350 RM., für 1927 auf 7 021 350 Reichsmark veranschlagt. Gegenüber 1925 zeigt sich ein Mehrbedarf für 1926 von 2 093 230 RM. und für 1927 von 835 230 RM. Er hat seinen Grund im wesentlichen in dem starken Anwachsen der Aufwendungen für dieser Verwaltung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Wohlfahrtspflege obliegenden Aufgaben. Bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist der fortlaufende Bedarf für die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft um 294 450 RM. gestiegen, wozu noch einmalige Forderungen für 1926 von 365 000 und für 1927 von 250 000 RM. kommen. Dieser Mehraufwand ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die in den letzten Jahren eingetretene sehr begrüßenswerte Steigerung der Bodenverbesserungs- und Feldbereinigungsunternehmung auf die Vermehrung der Zahl der landwirtschaftlichen Winterschulen. — Das Landesgewerbeamt braucht nach Absetzung der bei ihm anfallenden, nicht unerheblichen Einnahmen einen Zuschuß von 769 700 RM. für 1926 und von 754 700 RM. für 1927 (mehr 36 900 und 11 900 RM.) Für die Soziale Fürsorge sind 800 000 RM. mehr erforderlich. Als Landesanteil an der unterstützenden und produktiven Erwerbslosenfürsorge sind für 1926 1 250 000 RM., für 1927 250 000 RM. mehr eingesetzt. Endlich ist noch zu erwähnen eine einmalige Forderung zur Förderung des Luftverkehrs in Höhe von 220 000 RM. im Kap. 31.

Bei der **Kultverwaltung** ist ein Zuschuß von 43 049 533 RM. für 1926 — mehr gegenüber 1925 737 111 RM. — und von 12 899 839 RM. für 1927 — mehr gegenüber 1925 687 471 RM. — vorgesehen. Darunter sind einmalige Ausgaben in Höhe von 350 300 RM. für 1926 und von 206 700 RM. für 1927 enthalten.

Bei dieser Verwaltung ruht das Schwergewicht ganz bei den Personalausgaben. Für 1926 entfallen von der bei ihr sich ergebenden Gesamtausgabe mit 66 011 697 RM. auf persönliche Aufwendungen 59 450 811 RM. und auf sachliche und vermischte 6 560 886 RM. Die Staatsleistungen für die Kirchen mit 11 218 553 RM. für 1926 und 11 188 553 RM. für 1927 (ohne Baukosten) entsprechen den Grundsätzen des letzten Staatshaushaltplans. Von den genannten Summen entfallen auf die ev. Kirche 7 474 053 RM. je für 1926 und 1927, auf die kathol. Kirche 3 718 000 RM. für 1926 und 3 688 000 RM. für 1927 und auf den Beitrag zur israelitischen Zentralkasse je 26 500 RM.

Was die drei württembergischen Hochschulen anbelangt, so ist bei der Universität und bei der Technischen Hochschule eine erhebliche Aenderung in der Zahl der Studierenden gegenüber den Jahren 1924 und 1925 nicht eingetreten; dagegen zeigt der Besuch der Landwirtschaftlichen Hochschule einen nicht unbedeutenden Rückgang. Die Staatszuschüsse belaufen sich auf folgende Beträge: Universität 1926: 2 208 750 RM., 1927: 2 176 750 RM.; Technische Hochschule 1926: 1 186 020 RM., 1927: 1 163 330 RM., Landwirtschaftliche Hochschule 1926: 382 900 RM., 1927: 368 900 Reichsmark. Hervorzuheben ist die beabsichtigte Einrichtung von 4 weiteren landwirtschaftlichen Winterschulen vom Jahr 1926 ab, womit deren Zahl auf 38 steigen wird. Bei den Gewerbe- und Handelsschulen sollen ebenfalls außerplanmäßige Stellen — und zwar 20 — in Planstellen umgewandelt werden. Ferner werden je für 1926 und für 1927 die Mittel für weitere 40 außerplanmäßige Lehrkräfte an Gewerbe- und Handelsschulen und für 20 außerplanmäßige Lehrkräfte für die Frauenarbeitsschulen angefordert. Auch für die höheren Lehranstalten mußten infolge des starken Zudrangs von Schülern die Mittel für 35 neue außerplanmäßige Lehrkräfte eingestellt werden; ebenso sind bei den Volksschulen mit Rücksicht auf das Steigen der Schülerzahlen in einzelnen Gemeinden 40 weitere außerplanmäßige Lehrstellen und zur weiteren Ausgestaltung des Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterrichts für 1926 und für 1927 je 25 außerplanmäßige Fachlehrerinnen neu vorgesehen. Die im Vorjahr neu ausgeworfenen Mittel für 200 Schulpraktikanten sind wieder angefordert; im gleichen Kapitel sind für Zwecke der Lehrerfortbildung 111 000 RM. vorgesehen. Während 1924 und 1925 staatliche Beiträge an Gemeinden zu Volksschulbauten nicht mehr gegeben wurden, sind jetzt für diesen Zweck wiederum 200 000 RM. im Planentwurf angesetzt.

Auf dem Gebiete der staatlichen **Kunstverwaltung** ist der planmäßige Zuschußbedarf für die Landestheater mit 1 140 000 Reichsmark besonders zu erwähnen. 40 v. H. werden von der Stadt Stuttgart erstattet.

Die **Finanzverwaltung** benötigt einen Zuschuß für 1926 von 12 728 780 RM. und für 1927 von 12 639 780 RM., darunter einmalige Ausgaben in Höhe von 6 051 000 RM. und von 5 962 000 Reichsmark. Gegenüber dem 1925er Zuschuß bedeutet das ein Mehr von 2 905 880 RM. und von 2 876 880 RM. Dieses Mehr betrifft fast nur Bauforderungen. Hier vorzubehen sind an einmaligen neuen Forderungen: Für die Justizverwaltung die Erstellung eines Schlafzellenbaues bei der Landesstrafanstalt in Ludwigsburg, für die Verwaltung des Innern die Erstellung eines Kessel- und Maschinenbaues mit Koch- und Waschküche in der Heilanstalt Weißenau, für die Kultverwaltung die Erstellung einer Waschanstalt für die Universität in Verbindung mit einem Kraft-Fernheizwerk und für die Finanzverwaltung den Ausbau des Neuen Baus in Ulm.

Was die **Ueberschußkapitel** anbelangt und zwar zunächst die Nutzungen des Staatsvermögens und sonstige Einnahmen, so schließen diese ab mit einem Ueberschuß von 13 511 450 RM. für 1926 und von 13 401 450 RM. für 1927, was gegenüber 1925 ein Weniger von 806 550 und von 916 550 RM. bedeutet. Hier ist leider beim Hauptteil, dem Forstertrag, eine stark rückläufige Bewegung festzustellen. Während für 1925 der Reinertrag zu 12 759 500 RM. veranschlagt werden konnte, kann diesmal höchstens mit dem Ertrag von 11 Millionen RM. gerechnet werden.

Die Steuern weisen für 1926 und für 1927 einen voraussichtlichen Anfall von 107 500 800 RM. aus, das sind 8 310 000 RM. mehr als 1925. Das Kernstück der steuerlichen Deckungsvorschläge für den neuen Planentwurf liegt in der Gebäudeentschuldungssteuer.

Handel und Verkehr.

Wirtschaft

Verschmelzung der süddeutschen Zuckerfabriken

Heidelberg, 16. März. Die Fusionsverhandlungen der Gemeinschaft süddeutscher Zuckerfabriken haben heute in Heidelberg zu folgendem Vorschlag geführt: Die Zuckerfabriken Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart, Heilbronn und Offstein werden sich in der Weise verschmelzen, daß die Zuckerfabrik Frankenthal die anderen Gesellschaften aufnimmt. Mit Rücksicht auf den durch die politischen Verhältnisse eingetretenen Verlust wesentlicher Absatzgebiete soll die Quote von Frankenthal erhöht werden. Zu diesem Zweck wird die Zuckerfabrik Frankenthal das Stammkapital im Verhältnis von 5 zu 4 zusammenlegen. Die Aktionäre von Waghäusel, Stuttgart und Heilbronn erhalten sodann für ihre Stammaktien im Umtausch den gleichen Betrag neuer Aktien der aufnehmenden Gesellschaft, die Aktionäre der Zuckerfabrik Offstein in Nichtgleichstellung der seitherigen niederen Quote für nominell 1000 Stammaktien nominell 1300 neue Aktien. Nach Durchführung der Beschlüsse wird sich das gesamte Kapital der Gesellschaft auf rund 30 Millionen Mark belaufen. Die Zuckerfabrik Rheingau in Worms, auf welche die oben genannten Gesellschaften einen maßgebenden Einfluß ausüben, bleibt außerhalb der Fusion, doch wird den außenstehenden Aktionären der Zuckerfabrik Rheingau der Umtausch ihrer Aktien in solche der neuen Gesellschaft im Verhältnis von 1 zu 1 freigestellt werden. Ueber diesen Vorschlag werden die Verwaltungsorgane der einzelnen Gesellschaften am 26. März zu beschließen haben. Die Generalversammlungen sind für Ende April in Aussicht genommen. Sämtliche Gesellschaften verteilen für das Jahr 1924/25 keine Dividende. Die Ergebnisse werden mit Rücksicht auf die derzeit schwierige Lage der gesamten Zuckerindustrie auf neue Rechnung vorgetragen.

Börsen

Berliner Börse vom 16. März. Da die Entscheidung in Genf noch nicht gefallen ist, war auch heute bei fortdauernder Zurückhaltung der Beteiligung am Geschäft auf den Hauptspekulationsmärkten gering. Die Haltung war aber fest, da man bei der optimistischen Auffassung bleibt. In höherem Maße wendete sich sich das Interesse wiederum Spezialpapieren zu. Die Börse schloß für Montanwerte schwächer. Andere Werte wurden zum Teil besser gehalten, insbesondere Kaliaktien und einzelne Elektrizitätswerte.

Stuttgarter Börse vom 16. März. Die Festigkeit hielt an der heutigen Börse unverändert an, wenn auch die Kurse heute haupsächlich oder bei einzelnen Werten nur eine unbedeutende Kleinigkeit noch anzogen.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 16. März. Weizen märk. 250—254; Roggen märk. 154—156; Sommergerste 160—190; Wintergerste 158 bis 168; Hafer märk. 162—172; Weizenmehl 28.50—30; Roggenmehl 22.50 bis 24.50; Weizenkleie 18.10—19.20; Roggenkleie 9—9.20; Viktoriaerbsen 26—31; kl. Speiseerbsen 20—25; Peluschken 20—21; Ackerbohnen 20—21; Bicken 23—26.50; blaue Lupinen 11.50—12.50; gelbe 14—14.50. Tendenz: ruhig.

Frankfurter Produktenbörse. Stimmungen: Weizen 12.50, Roggen 10—10.20, Gerste 10, Hafer 9.40—11, Bicken 10 ℳ. — Geislingen a. St.: Kernen 18.80, Weizen 12.70, Hafer 8.10—8.50, Gerste 10 ℳ. — Ravensburg: Veseu 9—9.30, Weizen 11.50—12, Roggen 8.50—9, Gerste 8.90—9.40, Haber 8.30—9.50, Saatgerste 10.20—10.50, Saathafer 10.40 bis 11 ℳ. — Reutlingen: Weizen 11—11.50, Gerste 8—11.50, Haber 8.50—9.30, Dinkel 8.70—10 ℳ. — Ulm: Kernen 13.60, Weizen 11—12.60, Roggen 8—8.40, Gerste 8.90—9, Haber 7.20—10.90, Erbsen 11 bis 12, Bicken 10.50—12.20 ℳ der Zentner.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 16. März. Zugetrieben waren 90 Ochsen, 42 Bullen, 250 Jungbullen, 310 Jungrinder, 128 Kühe, 1058 Kälber, 1209 Schweine und 3 Schafe. Unverkauft blieben: 28 Ochsen, 6 Bullen, 30 Jungbullen, 42 Jungrinder und 200 Schweine. Es notierten per 50 Kilgr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 43—47, 2. 39—42; Bullen 1. 40—45, 2. 38—42; Jungrinder 1. 40—42, 2. 42—47, 3. 35—40; Kühe 1. 30—38, 2. 18—28, 3. 12—17; Kälber 1. 70—76, 2. 66—74, 3. 58 bis 66; Weidemastschafe 75—80; Schweine von 240—300 Pfund 70—80, von 200—240 Pfund 78—78, von 160—200 Pfund 74—77, unter 120 Pfund 71—74; Sauen 56—69; Verlauf: mäßig belebt, später abflauend.

Ulmer Schlachtviehmarkt vom 15. März. Zutrieb: 4 Ochsen, 2 Bullen, 11 Kühe, 6 Rinder, 146 Kälber, 255 Schweine. Preise: Ochsen 1. 43—44; Farren 1. 40—42, 2. 34—38; Kühe 1. —, 2. 18—26; Rinder 1. 42—44, 2. 36—40; Kälber 1. 68—72, 2. 62—66; Schweine 1. 70—74, 2. 66—68. Tiere höchsten Schlachtwerts wurden über Notiz bezahlt. Marktverlauf: in allen Gattungen langsam.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 15. März. Der Bericht des Karlsruher Schlachthofes wurde heute erstmals nach dem vom Reichsernährungsministerium für Ernährung und Landwirtschaft angeregten einheitlichen Schema ausgegeben. Die Zufuhr betrug insgesamt 1178 Stück und zwar: Ochsen 55, Bullen 32, Kühe 27, Färsen 94, zusammen 208 Stück Großvieh, ferner Kälber 48, Schweine 922, darunter 59 geschlachtete Rumänier. Preise: Rinder vollfleischige junge 50—54, ältere 46—50, Mastkühe 44—46, geringgenährte 40—44, Bullen jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 45—49, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 44—45, fleischige 42—44, geringgenährte 40—42, Kühe fleischige 25—36, geringgenährte 18—28, Färsen vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwerts 50—55, sonstige vollfleischige 40—50, Kälber mittlere Mast- und Saugkälber 70—75, geringe Kälber 65—70, geringste Kälber 60—65 Schweine vollfleischige von 240—300 Pfund Lebendgewicht 82 bis 84, von 300—240 Pfund Lebendgewicht 81—82, von 190—200 Pfund Lebendgewicht 80—81, fleischige von 120—160 Pfund Lebendgewicht 79 bis 81, Sauen 72—76. Beste Qualitäten über Notiz bezahlt. Tendenz: bei Großvieh und Schweinen langsam. Ueberhand bei Kälbern mittelmäßig geräumt.

Schweinepreise. Herrenberg: Milchschweine 40—60, Läufer 65 bis 85 ℳ. — Kirchheim u. T.: Milchschweine 55, Läufer 60—100 ℳ. — Ravensburg: Ferkel 22—30 ℳ, Läufer 50—60 ℳ. — Saulgau: Ferkel 40—45, Läufer bis 100 ℳ das Stück.

Stuttgarter Wochenmarkt vom 16. März. Butter hat helle Preise, Landbutter kostete 1.8 ℳ, Zentrifugenbutter 1.8 ℳ, Molkerei-butter 2 bis 2.1 ℳ, Süßrahmbutter 2.1—2.3 ℳ das Pfund. Landeier galt es in der Preislage von 10—13 ℳ, schwere Italiener 12—13 ℳ, Steckerlesfier 20—22 ℳ, Tafeleier 16 ℳ, Gänseeier 35—40 ℳ das Stück.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 15. März. Aufgetrieben waren 337 Tiere, und zwar: 19 Ochsen (unverkauft 3), 17 Kühe (2), 35 Rinder (2); 5 Farren (2), 5 Kälber, 256 Schweine (27). Marktverlauf langsam. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 46—48, Rinder 1. 50—52, Ochsen und Rinder 2. 42—44, Kühe 25—35, Farren 42—50, Schweine 82—86.

Konkurse.

Karl Ohmald, Sägewerksbesitzer in Plochingen. — Die Geschäftsaufsicht ist aufgehoben.
Hans Höhn, Kaufmann in Mergentheim.
Fa. Gustav Banhardt, G. m. b. H., Tuttlingen, Baumaterialiengroßhandlung und Zementwarenfabrik.
Gustav Banhardt, Kaufmann in Tuttlingen.

Geschäftsaufsichten.

Richard Göbel, Schirmfabrik in Ulm.
Klara Schwab, geb. Hellerich, Witwe, in Eßlingen.

Letzte Nachrichten.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund doch noch möglich?

Berlin, 17. März. Die Blätter sprechen in ihren Meldungen aus Genf von der wenn auch sehr geringen Möglichkeit, daß doch noch der brasilianische Vertreter im Völkerbundsrat auf Anweisung des Präsidenten von Brasilien sein Veto zurückzieht. Für diesen Fall würde dann heute Deutschland seinen Einzug in den Völkerbund halten.

Ein Communique der Arbeitsminister-Konferenz.

London, 17. März. Die Arbeitsministerkonferenz hat beschlossen, in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, um eine Begriffsbestimmung der Arbeitswoche zu vereinbaren.

Kommunisten und Völkische verlangen eine Genf-Debatte.

Berlin, 17. März. Das „Berliner Tageblatt" hört, daß die völkischen und die kommunistischen Reichstagsabgeordneten beabsichtigen, in der heutigen Plenarsitzung des Reichstags **Anträge auf sofortige Besprechung der Vorgänge in Genf zu stellen.** Auch in deutschnationalen Kreisen des Reichstags soll, dem genannten Blatt zufolge, eine gleiche oder ähnliche Absicht bestehen.

Ein Ultimatum an China.

Peking, 16. März. Die bereits gemeldete Note der Vertragsmächte, die dem chinesischen Ministerium des Aeußern überreicht wurde, besagt weiter: **Wenn bis Donnerstag, dem 18. März, mittags, keine befriedigende Zusicherungen hinsichtlich der gestellten Forderungen eingegangen sind, werden die Marinebehörden der unterzeichneten Mächte Maßnahmen ergreifen, die sie für nötig erachten, um alle Hindernisse für eine freie und sichere Schiffahrt auf dem Kanal zwischen Tientsin und dem Meere zu beseitigen und zu unterdrücken.**

Baldwin über das Ultimatum an China.

London, 16. März. Auf eine Anfrage Mac Donalds wegen der Meldungen über das Ultimatum an die chinesischen militärischen Führer erklärte Baldwin in der heutigen Unterhaussitzung, der britische Vertreter in Peking habe den Auftrag, eine Aktion nur in Verbindung mit den anderen Vertragsmächten zu unternehmen. Ebenso sei der Vertreter dahin verständigt worden, **daß Waffengewalt nur als letztes Mittel zum Schutze der Sicherheit der Ausländer angewendet werden solle. Es werde keine unabhängige Aktion zum Schutze britischer Interessen unternommen.**

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Immer und nur Rahma-buttergleich
MARGARINE

Amtliche Bekanntmachungen.

Eichwesen.

Die bei der polizeilichen Prüfung und Nacheichung der Meßgeräte im Jahr 1925 vorgefundenen Anstände sind **bis spätestens 1. April 1926** zu erledigen. Diejenigen Meßgerätebesitzer, welche bei der nach diesem Zeitpunkt stattfindenden Nachprüfung durch die Landjäger, ihre Anstände unerledigt haben, werden unnachsichtlich bestraft.

Nagold, den 15. März 1926.

Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

Bekanntmachung über Kurzarbeiterunterstützung.

Auf Grund der §§ 10 Abs. 1 und 43 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Febr. 1924 (Reichsgesetzblatt 1, S. 127) wurde mit Zustimmung des Reichsministers des Finanzen und des Reichsrats nach Benehmen mit dem Verwaltungsrate des Reichsamts für Arbeitsvermittlung angeordnet, daß Artikel 4, Abs. 3 der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 2. Mai 1925 (R. G. Bl. 1, S. 63) aufgehoben und die Kurzarbeiterunterstützung ab 1. 3. 1926 vorläufig bis 1. 5. 1926 wieder gewährt wird.

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hierauf hingewiesen.

Zu der vorgeschriebenen Anmeldung der Kurzarbeiter können Vordrucke vom Arbeitsamt bezogen werden, welches auch nähere Auskunft erteilt.

Nagold, den 15. März 1926.

Bezirks-Wohlfahrtsamt:
Abtg. Arbeitsamt.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf der Markung Grömbach belegenen, im Grundbuch von Grömbach Heft 204, Abt. I Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 10, 11, 18, 19, 20, 22, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Matthäus Mäder**, Bauern und dessen Ehefrau **Marie Mäder** geb. Rentschler in **Grömbach**, Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft eingetragenen Grundstücke

Geb. Nr. 65 und 91 3 ar 86 qm Wohn- und Oekonomiegebäude mit Hofraum unten im Dorf, gemeinderätlicher Anschlag 8800 ℳ

Parz. Nr. 58 25 ar 86 qm Baum- und Gemüsegarten unten im Dorf, Anschlag 1700 ℳ

5 Parzellen zus. 5 ha 56 ar 35 qm Acker und Wiese, Anschlag 11500 ℳ

5 Parzellen zus. 5 ha 43 ar 95 qm Nadelwald und Weg, Anschlag 5250 ℳ

am Dienstag, den 4. Mai 1926, vormittags 8 Uhr auf dem Rathaus in Grömbach versteigert werden.

Pfalzgrafenweiler, den 15. März 1926.

Kommissär: Bezirksnotar Heide.

Zur Konfirmation
empfehlen wir
Gesangbücher
und sonstige geeignete
Geschenk-Artikel
aller Art
zu billigsten Preisen in der
W. Riekerschen Buchhandlung, Altensteig.

Deutsche und spanische
Naturweine
1/4 Liter von 35 Pfg. ab
Dessert-Weine, Malaga, Vermouth, Mistella Gold.
Abgabe jeden Quantums über die Straße.
Franz Kurlenbauer
Gasthof zum Löwen
Nagold. Telefon 91.

Gg. Rentschler,
Wart
empfiehlt
prima Bodenöl
„ **Maschinenöl**
„ **Motorenöl**
Schuh- und Wagenfett
sowie Speise-Salz
stets auf Lager.

Lorenz Luz jr. Altensteig
empfiehlt zur kommenden Verbrauchszeit
4- u. 6kant. Drahtgeflechte
Spaten
Rechen
Gartenhäule

Stacheldraht
Spanndraht
Stahlkrampen
Drahtstifte usw. in reicher Auswahl bei mäßigen Preisen.

Lohnende Fabrikvertretung
Weltbekannte erste Spezialfabrik
vergibt noch Vertretungen an Landmaschinen-Händler, Elektromeister und andere Handwerksmeister oder Geschäfte, die die Landkundschaft intensiv bearbeiten sollen. Geboten wird eine reiche Auswahl erstklassiger, leichtverkäuflicher Maschinen und weitgehendste Reklameunterstützung. Auf Wunsch Lieferung gegen kleinste Teilzahlung. Kapital und Kaution nicht erforderlich. Gefl. Anfragen unter **B. N. 40** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Verkaufe ein starkes
Läufer-schwein

über einen Zentner schwer.
Auskunft erteilt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Möbliertes
Zimmer
von Herrn gesucht.
Angebote an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Verloren
ging auf der oberen Nagoldstraße **eine Tabakspfeife.**
Der ehrliche Finder wolle dieselbe in der Neumühle abgeben.

Altensteig.
Hochkeimfähige
Gemüse- u. Blumensamen
in erprobten Sorten.
Steckbohnen,
Setzzwiebel,
Harnstoff, zur Düngung.
Gladiolus- u. Dahlienknollen
blühende Pensees,
Johannisbeer-,
Stachelbeer-,
Rosensträucher u. Bäumchen,
blühende Topfpflanzen
empfiehlt billigst
Heinrich Walz,
Karlsstraße.

Original-
Sechsämter-Fichtelgebirgs-
Saat-Hafer
(auf 600 m Höhenlage gezüchtet)
durch Windfege und Trieur bestens gereinigt liefert per Zentner zu Mk. 12.— ab hier, desgleichen
Saatgerste zu Mk. 12.50
Saatsommerroggen M. 13.
Paul Kaiser, Oberrüslau
Versandhaus von Fichtelgebirgs-Saatgetreide.

Vorzugsrente für „Anleihe-Altbesitzer".

Der letzte Termin für Anträge auf **Auslosungsrechte ist der 31. März 1926**, hierauf machen wir die Besitzer von Kriegs- und Vorkriegsanleihen, Sparprämien-Anleihen des Deutschen Reichs und solchen Anleihen des Württ. Staates, die das Reich übernommen hat, noch besonders aufmerksam.

Das Auslosungsrecht ist bei einer **Vermittlungsstelle** (Sparkasse oder Bank) spätestens bis zu diesem Termin zu beantragen, wenn der Anleihebesitzer nicht seinen Anspruch auf Auslosung (Heimzahlung) verlustig gehen will.

Der **Antrag auf Vorzugsrente ist beim Bezirkswohlfahrtsamt** zu stellen und an keine Frist gebunden, kann also auch nach dem 31. März gestellt werden.

Bedürftigen, denen ein Auslosungsrecht zusteht, können Vorzugsrente erhalten.

Nähere Auskunft hierüber erteilt das Bezirkswohlfahrtsamt.

Nagold, den 10. März 1926.

Bezirkswohlfahrtsamt.

Besenfeld OA. Freudenstadt.

Am Samstag, den 20. März 1926, nachmittags 2 Uhr verkauft die Gemeinde im öffentlichen Aufstreich auf dem hiesigen Rathaus eine 7 m lange, 5 m breite

Wohnbaracke

auf den Abbruch gegen Barzahlung.

Gemeinderat.

Gewerbebank Altensteig
e. G. m. b. H.
Entgegennahmen von
Spar-Einlagen
von Jedermann bei hoher Verzinsung.
Jeder Einleger erhält ein Sparbuch — Mindesteinlage 5 Mark.
Das Sprichwort „Spare in der Zeit, so hast du in der Not" hat wieder volle Geltung.

Taschenmesser
Scheren
Bestecke
in solider Ausführung liefert preiswert
Fr. Roller, Messerschmied, Altensteig.

Schlechtes Blut — — macht krank.
Reinige es, ehe es zu spät! Schnell und sicher wirken die alten bewährten Volksmittel
Dr. Soldan's Wacholder-Extract
Dr. Soldan's Blutreinigungstee's.
Zu haben in der Drogerie F. Schlumberger.

Drucksachen jeder Art, liefert schnell
W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.

Empfehle erstklassige
Schleifsteine
roh und bearbeitet, sowie
Scheuerplatten
roh, gefügt und verlegt
Wilh. Hayer, Steinbruch-Betrieb, **Pfalzgrafenweiler.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw